



Info Dienst Nr. 21 / 12. November 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestag hat die schwarz-gelbe Koalition ihre Gesundheitsreform durch das Parlament gedrückt und beschlossen. Mit dieser Reform wurde das solidarische Gesundheitssystem de facto aufgekündigt. Die Versicherten, vor allem Geringverdiener, Familien sowie Rentnerinnen und Rentner sollen zukünftig weiter belastet werden. Die Arbeitgeber und die privaten Krankenversicherer werden dagegen geschont.

Die SPD hat am Montag dieser Woche noch einmal gezeigt, dass es Alternativen gibt und stellte Eckpunkte einer solidarischen Bürgerversicherung als Gegenentwurf vor. Das Grundfinanzierungsprinzip der Bürgerversicherung sieht vor, alle Einkommensarten in ein gemeinsames System zu integrieren. Auch die großen Vermögen sollen in die Solidarität einbezogen werden. Wir fordern ein integriertes System der Krankenversicherung mit einer einheitlichen Vergütungsordnung für Ärzte. Auf diesem Weg soll das Gesundheitssystem wieder solidarisch aufgestellt werden.

In einem partnerschaftlichen Dialog mit Gewerkschaften, Vereinen und den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir dieses Modell weiter entwickeln. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Reform von Schwarz-Gelb wieder rückgängig zu machen.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Weichenstellung in der Gesundheitspolitik – Schwarz-Gelb verabschiedet Gesundheitsreform
2. Aktuelle Stunde zur Reform der Kommunalfinanzen
3. Energieversorgung in kommunaler Hand
4. Aktuelle Stunde zu den Protesten gegen den Castor Transport
5. Im Blickpunkt

1. Weichenstellung in der Gesundheitspolitik – Schwarz-Gelb verabschiedet Gesundheitsreform

In dieser Woche stand die Gesundheitspolitik im Zentrum der parlamentarischen Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag. Auf der Tagesordnung standen dabei nicht nur zwei Gesetze zur Arzneimittelordnung und zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Der Bundestag hat vielmehr über die Fundamente und über die Zukunft des sensibelsten Zweiges der sozialen Sicherung entschieden. Die Regierung bemüht sich zu vernebeln, was auf dem Spiel steht. Klar aber ist: Schwarz-Gelb zielt mit der Axt auf die Grundlagen des solidarischen Gesundheitssystems. Dass jeder ohne Ansehen seiner sozialen Herkunft und ohne Frage nach seinem Geldbeutel bei Krankheit versorgt wird und dass die Kosten dieser Versorgung gemeinsam getragen und gerecht verteilt werden – das macht die Stärke unseres Modells aus.

Die einzelnen Punkte der schwarz-gelben Gesundheitsreform sind:

- Der Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkasse steigt von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent an.
- Zukünftige Kostensteigerungen tragen nur die gesetzlich Versicherten, weil die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden.
- Gleichzeitig erhalten die Kassen die Möglichkeit ungedeckelte Zusatzbeiträge erheben zu können. Damit werden künftig alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von den Rentnerinnen und Rentner getragen.
- Schwarz-Gelb will das System der Vorkasse einführen. Der Patient bezahlt für seine Behandlung direkt beim Arzt und reicht die Rechnung zur Erstattung dann bei seiner Krankenkasse ein. Das Problem dabei: Der Patient bekommt nur den Betrag erstattet, den die gesetzliche Krankenkasse bezahlt hätte. Hat der Arzt eine Untersuchung vorgenommen, die die gesetzliche Krankenkasse nicht anbietet, bleibt der Patient auf den Kosten sitzen. Hinzu kommt, dass viele Menschen erst einmal einen Blick auf ihren Kontoauszug werfen werden bevor sie entscheiden, ob sie zum Arzt gehen. In vielen Fällen wird es dann dazu führen, dass sie gar nicht gehen können.
- Darüber hinaus soll der Wechsel von der gesetzlichen in die private Krankenkasse schneller möglich gemacht werden.
- Bei den Medikamenten profitiert der Patient nur von den groß angekündigten Einsparungen, wenn seine Krankenkasse zuvor einen Rabattvertrag mit der Herstellerfirma abgeschlossen hat.
- Die Pharmalobby kann weiterhin mit bestimmen welche Medikamente zugelassen werden und wie ihre Wirkung beurteilt wird.

Es ist die Richtung, die nicht stimmt. Fairness, Solidarität und gemeinsamer Nutzen haben die große und breite Zustimmung zum deutschen Gesundheitsmodell ermöglicht. Diese Prinzipien wollen wir stärken. Risiken tragen und sozialen Fortschritt erreichen, das geht am besten gemeinsam. Aus dieser Idee heraus wollen wir die traditionelle Krankenversicherung zukunftsfähig machen und zur Bürgerversicherung entwickeln. Schließlich soll die Finanzierung der Gesundheit von der gesamten Solidargemeinschaft getragen werden. Wir sind überzeugt, dass die Solidarität der Lastenverteilung die nachhaltige Finanzierung des Systems stärkt. Viele Schultern tragen mehr. Und wir wollen, dass Gesundheit nicht nur als Kostenfaktor in der volkswirtschaftlichen Rechnung auftaucht, sondern als Investition in die Menschlichkeit unseres Gemeinwesens. Im Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier haben wir diese Perspektive verbunden mit der Entstehung vieler neuer Arbeitsplätze im Gesundheits- und Pflegebereich.

Am Montag dieser Woche hat das SPD-Präsidium Eckpunkte für eine Bürgerversicherung vorgestellt. Den Beschluss finden Sie unter:

http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/5782/20101108_beschluss_praesidium_buergerversicherung.html

2. Aktuelle Stunde zur Reform der Kommunalfinanzen

Trotz positiver Wirtschaftsmeldungen ist die finanzielle Situation der Kommunen weiterhin katastrophal. Nach aktuellen Steuerschätzungen haben die Kommunen zwar steigende Steuereinnahmen im Jahr 2010 sowie in den Jahren 2011 und 2012 zu erwarten, doch sie werden immer noch mit 12 Milliarden Euro im Minus sein. Viele Kommunen müssen sparen: Kinderbetreuungsplätze, Büchereien, Schwimmbäder und Integrationskurse werden zusammen gestrichen. Umso wichtiger ist die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte, Gemeinden und Kreise. Doch die Bundesregierung lässt ein klares Bekenntnis zu Gewerbesteuer weiterhin vermissen, bestimmte Teile der Bundesregierung, allen voran die FDP, wollen die Gewerbesteuer sogar abschaffen, um Unternehmen zu entlasten.

Auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion fand am Donnerstag im Deutschen Bundestag eine aktuelle Stunde zu den Reformplänen der Bundesregierung für die Kommunalfinanzen statt. Wir wollen, dass die Bundesregierung endlich Stellung bezieht, doch ihre Pläne zur Reform der Kommunalfinanzen sind weiter uneinheitlich und unklar. Ein Vorschlag ist nun, dass die Kommunen ihren Anteil an der Einkommensteuer selbstständig erhöhen können. Dies wäre die Einführung eines sogenannten kommunalen Hebesatzes.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diesen Vorschlag ab. Hier soll nur die Hintertür geöffnet werden, um die Gewerbesteuer mittelfristig auslaufen zu lassen. Damit würde eine klare Verteilung der Lasten von den Unternehmen zu den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen. Darüber hinaus würde ein kommunaler Standortwettbewerb entfacht werden. Die Städte, die es sich leisten können, senken ihre Einkommensteuer und werden so attraktiver. Städte allerdings mit hohen sozialen Kosten, müssten ihre Einkommenssteuer erhöhen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits Anfang des Jahres Vorschläge gemacht, um die Kommunen schnell und nachhaltig zu entlasten. Unser Ziel ist eine dauerhafte und jährliche Entlastung von mindestens fünf Milliarden Euro. Zunächst muss die Gewerbesteuer weiter verbreitert und stabilisiert werden, der Bund muss sich stärker an den Kosten der Kommunen für die Sozialausgaben beteiligen, zum Beispiel bei den Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld-II-Bezieher und die Bundesregierung muss die Steuergeschenke, die sie bisher an ihre Klientelgruppen gemacht hat, zurück nehmen. Wer bestellt muss auch zahlen. Der Bund darf den Kommunen nicht immer mehr Aufgaben aufdrücken und sie dann mit den Kosten alleine lassen.

3. Die Energieversorgung in kommunaler Hand

Eine folgerichtige Energiepolitik muss auf drei Säulen aufbauen: Die Energie muss umweltverträglich und effizient erzeugt werden, sie muss als Teil der Daseinsvorsorge für Verbraucher bezahlbar und in ihrer Versorgung sicher sein. Energie sichert regionale Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Investitionen in der Region. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität. Darüber hinaus können weitere positive Effekte für den kommunalen Finanzhaushalt durch die Zahlung von Gewerbesteuer sowie aus der Gewinnabführung bzw. der Gewinnausschüttung aus den gesamten energiewirtschaftlichen Aktivitäten generiert werden. Kommunalwirtschaftliche

Unternehmen sind zur Zielerreichung ein unabdingbares Element. Die Übernahme der Gas- und Stromnetze bedeutet die Rückgewinnung der kommunalen Selbstbestimmung über die Entwicklung einer nachhaltigen, lokalen Energieversorgungsstruktur als einem wesentlichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Gemeinwohlinteressen bekommen Vorrang vor Gewinnmaximierungsstrategien. Die kommunalen Unternehmen haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie kundenorientierte Energiedienstleistungen mit innovativen Konzepten voranbringen können. Damit schaffen sie die Voraussetzungen für mehr Energieeffizienz auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite.

Mit einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen sowie Netzzugangs- bzw. Netzentgeltverordnungen bei Strom und Gas so zu novellieren, dass Kommunen in die Lage sind, besser und zielgerichteter am Markt zu agieren.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703649.pdf>

4. Aktuelle Stunde zu den Protesten gegen den Castor Transport

Die schwarz-gelbe Bundesregierung kann den Protest der Menschen in unserem Land nicht länger ignorieren. Sie hat die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ohne parlamentarische Beteiligung vorab in Geheimverhandlungen mit den Atomkonzernen beschlossen und anschließend im Eilverfahren durch den Bundestag gebracht.

Über die Proteste gegen den jüngsten Castor-Transport nach Gorleben wurde an diesem Mittwoch in einer aktuellen Stunde im Bundestag debattiert. Wie groß das gesellschaftliche Bündnis gegen Gorleben als Endlager und die Laufzeitverlängerung ist, hat unter anderem eine zentrale Kundgebung im Wendland am letzten Samstag mit 50.000 Teilnehmern gezeigt. Die Bürgerinitiativen haben sich insgesamt wieder viel einfallen lassen: Das gesamte Wendland war bunt und an den meisten Häusern waren Protestsprüche angebracht. Der Widerstand ist bis zum Schluss friedlich geblieben. Einzige Ausnahme waren die Vorfälle bei Görde. Auf keinen Fall dürfen einzelne Chaoten zum Maßstab für die ganze Protestbewegung gemacht werden. Grundsätzlich war das Miteinander zwischen den Demonstrierenden und der Polizei von gegenseitigem Respekt und Verständnis geprägt, wie auch die SPD-Abgeordnete Kirsten Lühmann von vor Ort berichtete: Sie war zuvor als Polizistin mehrere Male in Gorleben im Einsatz.

Die Bundesregierung jedoch spricht von kriminellen Handlungen und versteht nicht, dass sie mit ihrer Entscheidung zur Laufzeitverlängerung einen gesellschaftlichen Großkonflikt aufgebrochen hat. Norbert Röttgen hat sich als zuständiger Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der gesamten Debatte nicht geäußert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich weiter an den gesellschaftlichen Protesten beteiligen und auch vor Ort im Kreis Unna werden wir das Thema weiter verfolgen.

5. Im Blickpunkt

Zum neuen Strategischen Konzept der NATO

Auf ihrem Gipfel in Lissabon am 19. und 20. November 2010 will die NATO ein neues strategisches Konzept beschließen. Die Veränderung des globalen Sicherheitsumfeldes seit 1999 erfordert eine Bestandsaufnahme und Bewertung der neuen Sicherheitsbedrohungen und eine entsprechende Anpassung des strategischen Konzepts und der sicherheitspolitischen Instrumente. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik bleiben wichtige Elemente der auf Konfliktprävention ausgerichteten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. An

der Präsenz von taktischen Atomwaffen der USA in Europa wird im Entwurf des neuen Strategischen Konzeptes festgehalten. Eine Niederlage für die FDP und den Bundesaußenministers, der ohne Abstimmung mit den Verbündeten immer wieder den Abzug der letzten in Europa verbliebenen Nuklearwaffen angekündigt hat. Richtig ist: Die taktischen Nuklearwaffen in Europa besitzen keinerlei glaubwürdige Abschreckungsfunktion mehr und müssen daher abgezogen werden. Auch das Verhältnis zu Russland wird in den bislang vorliegenden Empfehlungen nur unzureichend thematisiert.

Wir fordern mit einem Entschließungsantrag, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, die NATO-Strategie den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen anzupassen und ein Konzept nicht-militärischer präventiver, umfassender Sicherheitspolitik zu berücksichtigen und umzusetzen. Die NATO ist ein Bündnis kollektiver Verteidigung und soll nicht die Rolle eines Weltpolizisten übernehmen. NATO-Operationen – außerhalb des Bündnisfalls – sollen nur auf der Grundlage eines ausdrücklichen Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durchgeführt werden. Die NATO muss der Rüstungskontrolle und Abrüstung größeres Gewicht verleihen. Hierzu gehört auch der Abbau der taktischen Nuklearwaffen in Europa. Die NATO soll ihre Beziehungen zu Russland als wichtigem Partner für die Sicherheit in Europa intensivieren.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/036/1703677.pdf>

Für eine transparente Bemessung der Regelsätze

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Zeit seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9. Februar 2010 zur Regelsatzbemessung verstreichen lassen, ohne die Fraktionen des Deutschen Bundestages an den Planungen zur Umsetzung des Urteils zu beteiligen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bleibt in zentralen Punkten hinter verfassungsrechtlich und sozialpolitisch notwendigen Lösungen zurück: So werden beispielsweise die Regelbedarfe nicht transparent und in einem methodisch schlüssigen Verfahren ermittelt. Es ist deshalb zweifelhaft, ob durch die Reform tatsächlich ein menschenwürdiges Existenzminimum sichergestellt wird.

Wir fordern eine korrekte und verfassungsgemäße Bemessung der Regelsätze. Wir fordern außerdem einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Denn ohne Mindestlohn werden durch die neuen Hinzuverdienstregelungen der schwarz-gelben Bundesregierung der Niedriglohnsektor und das Lohndumping gefördert. Um die Bedarfe von Kindern realitätsnah abzubilden, fordern wir die unverzügliche Einsetzung eines Expertenkreises, der überprüft, ob die Verteilung der Ausgaben auf Erwachsene und Kinder im Haushalt in der bisherigen Form möglich ist. Zur Sicherung einer bundesweit vergleichbaren Grundsicherung in Bildung, Betreuung und soziokultureller Teilhabe sind gemeinsame und nachhaltige Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Wir brauchen dringend u. a. den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung für ein- bis sechsjährige Kinder sowie von Ganztagschulen, eine bessere Personal- und Sachausstattung von Kindertageseinrichtungen und Schulen oder auch einen kostenlosen Förderunterricht. Wir fordern unter angemessener Berücksichtigung der finanziellen Gegebenheiten einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder und Jugendlichen. Städte und Gemeinden sind mit Hilfe des Bundes in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben auch erfüllen zu können.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703648.pdf>